



Rechtsausschuss

29. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 15:22 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5000	
hier: Einzelplan 04 (Justiz) hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)	
Vorlage 18/1413 (Erläuterungsband) Vorlage 18/1390 (Erläuterungsband)	
– Wortbeiträge	

¹ vertraulicher Teil mit TOP 18 und 19 siehe vAPr 18/43

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof 8

Mit den Stimmen aller Fraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 16 zu.

Einzelplan 04 – Justizministerium 8

– Allgemeine Aussprache zum Einzelplan 04

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 1 der SPD-Fraktion (s. *Anlage 1*) ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 2 der SPD-Fraktion (s. *Anlage 1*) ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 04 zu.

2 Besserer Schutz vor gewalttätigen Wiederholungstätern. Einführung eines Resozialisierungsgesetzes auch in Nordrhein-Westfalen! 20

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3654

Ausschussprotokoll 18/360 (Anhörung am 27.09.2023)

– Wortbeiträge

3 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte 22

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231

Ausschussprotokoll 18/327 (Anhörung am 07.09.2023)

– keine Wortbeiträge

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- 4 Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen** 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6368

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

- 5 Mehr Wertschätzung für die Justiz bedeutet auch bessere Bezahlung, ein modernes Arbeitsumfeld, professionellere Kampagnen und Achtung vor der Dritten Gewalt sowie ihren Repräsentanten und Beschäftigten** 24

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6363

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

- 6 Planstellen im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Hamm (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])** 25

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1845

– Wortbeiträge

- 7 Selbstverwaltung der Justiz** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1846
- keine Wortbeiträge
- 8 Cum Ex** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1852
- Bericht durch Minister Dr. Benjamin Limbach (JM)
- Wortbeiträge
- 9 Besetzung der Stelle des Leitenden Oberstaatsanwaltes in Dortmund**
(*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1847
- Wortbeiträge
- 10 Änderungen des Dolmetschergesetzes** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1848
- Wortbeiträge
- 11 Aufbewahrungsfrist von Unterlagen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1849
- Wortbeiträge

- 12 Rechtsstaatliche Probleme durch „Paralleljustiz“** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1850
- Wortbeiträge
- 13 Anzahl und Dauer der offenen Asylverfahren** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1851
- keine Wortbeiträge
- 14 Beantragung von Personalausweisen bei Inhaftierung** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1859
- keine Wortbeiträge
- 15 Bericht der Landesregierung zum Sonderdezernat „Altstadtstaatsanwalt“ in Düsseldorf** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1854
- Wortbeiträge
- 16 Mögliche Behinderung der NRW-Rechtsprechung – Vorlage an den EuGH – Rolle der Datenschutzbeauftragten NRW und des Justizministeriums** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **49**
- Behandlung im vertraulichen Teil

17 Verschiedenes I

50

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

hier: Einzelplan 04 (Justiz)
hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)

Vorlage 18/1413 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/1390 (Erläuterungsband)

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5000 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die zuständigen Fachausschüsse am 23. August 2023)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil teilt mit, die Einbringung des Einzelplans 04 durch den Minister der Justiz und des Einzelplans 16 durch die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen seien am 13. September 2023 erfolgt.

Die Beantwortung von Fragen aus dem verabredeten schriftlichen Verfahren liege mit der Vorlage 18/1776, 18/1777 18/1778 vor.

Heute fänden die Einzelberatung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalt- und Finanzausschuss statt.

Zudem habe die Fraktion der SPD zwei Änderungsanträge zur Abstimmung im Rechtsausschuss übermittelt (s. *Anlage 1*).

Heute stehe die Schlussberatung an. Danach würden zunächst die Änderungsanträge und danach der Einzelplan als Ganzes abgestimmt.

Die Frage des Vorsitzenden, ob es Fragen zu den einzelnen Kapiteln im Einzelplan 04 gibt, wird verneint.

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

Mit den Stimmen aller Fraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 16 zu.

Einzelplan 04 – Justizministerium

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Minister Dr. Limbach, die eigentliche Zeit für eine große Haushaltsrede zu den Einzelplänen ist ja immer am entsprechenden Plenartag. Nichtsdestotrotz war es in den letzten Jahren hier so Usus, dass man schon mal ein, zwei

Sätze zu dem entsprechenden Einzelplan sagt. Diese Möglichkeit möchte ich heute hier nutzen, und zwar mal wieder mit einer derben Kritik, aber auch mit einem kleinen Lob.

Ich bin seit 2017 in diesem Parlament und stelle fest, dass man die Haushaltsreden der letzten Jahre fast immer kopieren könnte, ganz gleich, welcher Minister vorne sitzt. Das können Sie natürlich jetzt als gut bewerten. Ich sehe es aber eher als Kritik, denn Sie sind angetreten mit sehr großen Plänen, mit Ambitionen, mit Vorstellungen, wie die Justiz in diesem Land verbessert werden kann. Und jetzt kommen wir zum Guten: Das glaube ich Ihnen auch, dass Sie und Ihr ganzes Ministerium dafür kämpfen. Insofern möchte ich das auch anerkennen.

Aber wenn man jetzt mal genau hinschaut, wissen wir alle, dass die haushalterischen Situationen nicht besonders rosig aussehen. Nichtsdestotrotz hätte ich mir, hätten wir uns als SPD-Fraktion mehr Mut gewünscht, um gerade im Bereich der personellen Probleme in der Justiz den Haushalt mit etwas mehr Geld zu hinterlegen, um bestimmte Maßnahmen effektiver durchführen zu können.

Und täglich grüßt das Murmeltier, deswegen nur ganz kurz: Nachwuchsgewinnung, Beibehaltung der entsprechenden Menschen, die in der Justiz arbeiten, und keine niederschmetternden Prognosen, was die Zukunft betrifft.

Insofern möchte ich es heute hier dabei belassen, dass wir es natürlich begrüßen, wenn neue Stellen geschaffen werden, was Sie ja auch zwischendurch tun, aber die müssen mit Leben gefüllt werden, die müssen mit Menschen besetzt werden.

Insoweit wieder die alte Kritik: Wir müssen mehr tun für die Nachwuchsförderung, für die Personalgewinnung, aber auch für bestimmte Projekte in der Justiz, die sich wirklich bewährt haben. Die müssten einfach mit mehr Geld hinterlegt werden.

Die Einzelheiten dann in der entsprechenden Haushaltsrede.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es wichtig, dass wir hier im Ausschuss einmal auf diesen Haushalt gucken, auch wenn natürlich die großen Reden, wie Sie das eben gesagt haben, im Plenum kommen. Wir sollten aber deswegen auch hier einmal darüber sprechen, weil wir uns eben in dieser schwierigen Haushaltslage befinden. Deswegen sind die Reden anders als in den letzten Jahren, weil wir einfach eine andere Haushaltssituation haben. Von daher geht es hier viel mehr um Schwerpunktsetzung und um der politisch durchaus schwierigen Frage der Priorisierung.

Ich glaube, dass es sehr richtig ist, dass wir in der schwarz-grünen Koalition den Schwerpunkt unserer Politik auf Kinder und Jugendliche in NRW setzen. Deshalb wird bei denen im Haushalt eben auch nicht gespart. Es ist genauso wichtig, dass wir im Einzelplan der Justiz eben diese besonderen Schwerpunkte setzen, personell und inhaltlich. Das tun wir, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu bestärken. Wir sind uns unter den demokratischen Fraktionen sicherlich ein, dass das Aufbauen und das Weiterführen des Vertrauens in den Rechtsstaat in diesen Zeiten, in diesen Krisenzeiten einen ganz besonderen Wert haben.

Unter den Fraktionen herrscht Einigkeit, dass die Nachwuchsgewinnung in der Justiz – das ist ein ganz wichtiger Schlüssel dazu – einen besonderen Wert hat, eine wichtige Aufgabe darstellt.

Angesichts des Fachkräftemangels ist das, was im Einzelplan 04 steht, ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Daher begrüßen wir als Fraktion ausdrücklich die erfolgreich laufende Ausbildungsinitiative und die Schaffung neuer Ausbildungskapazitäten an der FH für Rechtspflege im Ausbildungszentrum der Justiz und die neuen Einstellungsermächtigungen für die Justizfachangestellten.

Auch der Bereich des Justizvollzugs liegt uns besonders am Herzen. Das ist ja auch ein Thema von Frau Hanses, die heute leider aus Krankheitsgründen nicht hier sein kann.

(Zuruf: Gute Besserung!)

– Sie ist live zugeschaltet, aber wir werden natürlich die Besserungswünsche weitergeben.

Im Justizvollzug werden 22 Stellen in der psychiatrisch intensivierten Behandlung geschaffen. Auch das ist in den aktuellen Zeiten ein ganz wichtiger Punkt.

Die weitere Stärkung der intensivpädagogischen Betreuung ist ebenfalls eine wichtige Maßnahme genau wie – ich weiß, dass das der FDP immer am Herzen liegt – die Frage der Digitalisierung in der Justiz, ob jetzt E-Akte, IT-Zentralisierung, E-Klausuren, Sach- und Investitionsmittel. Auch wir sind uns einig, dass die Justiz nicht den Anschluss verlieren darf, sondern immer an den aktuellen Entwicklungen dranbleiben muss.

Ein Punkt, der für uns Grüne ganz wichtig ist, ist die Verfolgung von Kriminalität. Das gilt insbesondere für die Kriminalität, die ganz große wirtschaftliche Schäden verursacht, nämlich organisierte Kriminalität, Umweltkriminalität, aber auch Cum-Ex. Mit der Intensivierung und den insgesamt 40 neuen Stellen bei den Staatsanwaltschaften ist da, glaube ich, ein ganz wesentlicher Schritt getan.

Mit diesem Haushalt werden wir der Verantwortung gerecht, in einer knappen Kassenlage die richtigen Prioritäten zu setzen, auch wenn natürlich immer mehr ginge. Es ist in allen Bereichen so. Ich glaube, wir alle sitzen jetzt hier und sagen: „Okay, unser Wunschprojekt ist vielleicht nicht ganz so umgesetzt worden, wie wir das am liebsten gehabt hätten.“, ich bin aber trotzdem der festen Überzeugung, dass wir hiermit ganz viele Schritten in die richtige Richtung gehen. Deswegen stimmen wir diesem Einzelplan 04 sehr gerne zu.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Worten meiner Vorrednerin im Wesentlichen anschließen. Insgesamt wird der Haushalt im Bereich Justiz auf Kurs gehalten, zeigt Stabilität, dass richtige Prioritäten gesetzt werden. Die angesprochenen schwierigen Zeiten sind jedoch nicht wegzureden. Ich glaube, ich muss die vielen Krisen, die außerhalb unserer Verantwortung sind, kaum erwähnen: Angriffskrieg der Russen auf die Ukraine, Inflation, viele andere Themen. Das ist nicht wegzureden. Trotzdem möchte ich ein großes

Lob an die Landesregierung richten, allein deswegen, weil man als Priorität ressortübergreifend festgelegt hat, bei Kindern, Jugend und Bildung einen absoluten Schwerpunkt zu setzen. Das ist unsere Zukunft. Das ist wichtig. Es zeigt die Solidarität der verschiedenen Häuser untereinander, dass man sich darauf verständigt hat. Denn gut ausgebildete Kinder, gut betreute Kinder werden später in verschiedensten Berufen Fuß fassen können, sind Mitglied der Gesellschaft. Insofern ist das sehr langfristig gedacht, aber macht es aus meiner Sicht umso besser.

Es gibt politisch ein paar Faktoren – das wird sicherlich im Rahmen der Haushaltsreden gewürdigt –, die Rolle der Bundesregierung im Ganzen. Es sind gut gemeinte Dinge vielleicht, sorgen natürlich auch zu Steuerausfällen hier im Land. Das ist nicht wegzureden. Die Steuerschätzungen zeigen ein ähnliches Bild. Das führt zu Verlusten von finanziellem Gestaltungsspielraum. Das ist zu bedauern. Aber trotzdem ist insgesamt der Kurs da. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Justiz Stärke zeigt. Sie ist ein wichtiges Element unseres Rechtsstaates. Das zeigt dieser Einzelplan auch, dass weiterhin Kurs gehalten wird.

Viele Punkte sind eben genannt worden. Ich finde es wichtig, die Fortsetzung der Ausbildungsinitiative und Ausweitung der Ausbildung, Digitalisierung – hier wird unser Vorsitzender oft erwähnt, der den einen oder anderen Antrag in diese Richtung schon mal stellt –, Stärkung der Staatsanwaltschaften durch 40 zusätzliche Planstellen – ein ganz wichtiger Punkt; hierüber haben wir sehr oft gesprochen; das wird umgesetzt, da passiert was –, Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur Optimierungsmöglichkeit im Justizvollzug, Umsetzung der psychiatrisch intensivierten Behandlung von Gefangenen, Betreuung im Jugendvollzug, Intensivierung, Bekämpfung politisch und religiös extremistischer Bestrebungen von Gefangenen.

Also, viele Themen werden angepackt und umgesetzt. Das ist sehr wichtig.

Und wenn sich manche Reden der letzten Jahre, wie Frau Bongers sagte, ähneln, aus meiner Sicht ist das eher positiv zu bewerten. Das zeugt von Stabilität und Fortsetzung des Ganzen. Daher möchte ich noch mal einen ganz herzlichen Dank an den Minister der Justiz und seinem ganzen Team, dem Ministerium, dafür geben, dass das eben umgesetzt wird, auch in Zeiten knapper Kassen.

Wir werden selbstverständlich dem Einzelplan zustimmen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Herr Vorsitzender! Herr Minister, Frau Staatssekretärin, am Einzelplan 04 kritisieren wir den nicht genügenden Stellenaufwuchs bei den Staatsanwaltschaften. Auch bei den Verwaltungsgerichten sehen wir Handlungsbedarf. In der Anhörung haben wir ganz eindeutig dazu Stellungnahmen gehört.

Zum Thema „Attraktivierung“ möchte ich nur herausheben, dass wir einen Antrag gestellt hatten, im Justizvollzugsdienst eine Kleiderkammer einzurichten, was leider abgelehnt wurde.

Ob die unserer Obhut anvertrauten Einrichtungen im nächsten Jahr ohne Qualitätseinbuße arbeiten können, bezweifeln wir. Wir hoffen aber, dass es möglich sein wird.

Insgesamt ist unsere Kritik zwar deutlich, wir sagen aber, man kann den Schwerpunkt auf die Einsparungen, wie es geschehen ist, setzen. Die Kritik reicht für uns nicht, den Plan abzulehnen. Darum werden wir uns enthalten.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Nach den Beiträgen der Regierungsfractionen muss ich noch etwas sagen.

Ich finde es sehr schön, wenn man das „Kurs halten“ nennt. Wir haben eine eindeutige Mangelsituation mit reihenweise unbesetzten Stellen auf allen Ebenen der Justiz. Da ist es natürlich schön, wenn man zusätzlich Stellen schafft. Aber das Erste muss doch sein, dass wir Stellen besetzen. Die Situation in der Justiz ist wirklich dramatisch. Deswegen finde ich die Beschreibung der Regierungsfractionen geradezu euphemistisch, wie sie die Situation darstellen.

Die Äußerung von Frau Bongers war ja so zu verstehen, wir hatten es mit der Situation, wie sie jetzt ist, zu tun und haben es weiter damit zu tun. Das ist gerade das, was wir nicht begrüßen. Wir brauchen dringend eine Initiative, um die Stellen zu besetzen, die schon vorhanden sind. Sie stehen ja wunderbar seit Längerem im Stellenplan. Aber die Gerichte, die Staatsanwaltschaften versinken in Arbeit und brauchen dringend Entlastung. Da müssen wir uns dann auch zusammensetzen. Das ist die schwierige Frage: Wie gewinnen wir Nachwuchs? Wie gewinnen wir neue Mitarbeiter in den verschiedenen Bereichen? Da ist natürlich die Konkurrenz zur Privatwirtschaft – in Führungsstrichen –, also zu den großen Kanzleien. Selbst die mittleren Kanzleien zahlen inzwischen besser als die Justiz. Das wird sich nicht verändern, wenn wir weiterhin darauf hoffen, dass sich mehr Leute finden, die in die Justiz kommen, sondern da müssen Initiativen ergriffen werden, um das für den Nachwuchs attraktiver zu machen. Sonst werden wir im nächsten Jahr genauso wieder hier sitzen, genauso die Situation beklagen, die wir jetzt haben. Und die Berge an Akten, die abzuarbeiten sind, werden nicht kleiner.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Dr. Geerlings hat eben gesagt, eine kontinuierliche Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit in diesem Ausschuss wäre aus dem Entwurf des Haushalts 2024 zu ersehen. Auf der einen Seite ja, aber die Zeiten haben sich geändert. Die Frage ist, ob eine kontinuierliche Fortsetzung ausreichend ist, sondern ob man nicht neu über bestimmte Punkte nachdenken muss.

Auf der einen Seite wissen wir – es wurde angesprochen –, 100 bis 200 Staatsanwälte fehlen. Zumindest die Forderung ist in der Welt. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die Polizei mehr Ermittlungen durchgeführt hat und 230.000 bis 250.000 unerledigte Ermittlungsakten bei der Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen vor sich hindümpeln.

Die Gerichtsvollzieher haben im Rahmen einer Anhörung mitgeteilt, dass sie mit den Geldern, die sie derzeit einnehmen, nicht auskommen und die Anspornvergütung für Gerichtsvollzieher eigentlich gar nicht mehr vorhanden ist.

„Legal Tech und KI“ ist ein Thema, das sich in den letzten zwei, drei Jahren rasant weiterentwickelt hat, wo wir eine Taskforce haben, aber möglicherweise – das ist nach

wie vor die Forderung auch in den Anträgen, die die FDP stellt – sind wir als Rechtsausschuss und ist NRW selber zu wenig eingebunden in die Entwicklung, auch in die zukünftige, weitere Entwicklung, wo es denn hingeht.

Dann haben wir die Berufsbetreuer, die auch einen massiven finanziellen Verlust beklagen, und – alle haben es eben genannt – das Nachwuchsproblem, das sich bei 27 Berufsbildern in der Justiz massiv zeigt – in einigen schlimmer als in anderen –, wo wir meiner Meinung nach bisher für alle Berufsbilder keine richtige Antwort haben. Uns fehlt auch – das ist aber auch der Schwierigkeit geschuldet, dass man im Rahmen der Justiz für unterschiedliche Berufsbilder eine Werbekampagne oder unterschiedliche Kampagnen schalten muss – eine Kampagne als solche, die die Justiz als eigenständige Marke in NRW verkauft. Meiner Meinung nach haben wir die bisher nicht. Da hat es – ich habe den Vergleich schon mal herbeigezogen – der Innenminister einfacher, wenn er das Berufsbild des Polizisten, der Polizistin verkaufen möchte. Daran fehlt es meiner Meinung nach, dass wir uns in der Justiz für ein Berufsbild stark machen, was es so nicht gibt, sondern es gibt 27 unterschiedliche Berufsbilder, angefangen vom Wachtmeister bis zum Richter. Daran müssen wir arbeiten. Vor dem Hintergrund ist eine kontinuierliche Fortsetzung nicht ausreichend.

Deswegen wird unsere Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen, weil an bestimmten Stellen Einsparungsmaßnahmen, die sich durch nicht vorgenommene Erhöhungen auswirken, nicht zur Förderung der Justiz in NRW beitragen. Das ist der entscheidende Grund.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Frau Müller-Witt, ich möchte gerne darauf reagieren.

Seit ich in diesem Rechtsausschuss bin, also seit knapp anderthalb Jahren, höre ich von der SPD bei eigentlich allen Tagesordnungspunkten: Es sind zu wenige Stellen. Das ist eine Überlastung der Justiz. – Das mag auch alles eine richtige Problembeschreibung sein. Wir reagieren mit diesem Haushalt auf diese Problembeschreibung und schaffen – darauf haben Sie sich gerade bezogen – diese neuen Stellen. Und jetzt sagen Sie, die neuen Stellen sind überhaupt nicht mehr das Problem, sondern das Problem ist, dass wir die nicht besetzen können. Das ist auch richtig. Wir haben ein Fachkräftemangel, der sich nicht allein auf den Justizbereich bezieht, sondern auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Dem Problem muss man sich auch widmen, das tun wir auch, das habe ich auch genannt, mit Nachwuchsgewinnung, Ausbildungsoffensive etc. Aber jetzt zu sagen, die Stellen waren eigentlich nie das Problem, sondern die Nachwuchsgewinnung, ich finde, da muss man ... Das ist ja kein Entweder-oder.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Das habe ich nie gesagt!)

– So habe ich es verstanden. Deswegen würde ich das gerne an dieser Stelle noch einmal benennen, dass dieser Stellenzuwachs, der in diesem Haushalt, wenn man sich die anderen Einzelpläne anguckt, nicht einfach gegeben ist, etwas ist, wo man dem Justizminister großen Dank zollen muss, dass er das so umgesetzt hat. Und dann müssen wir uns natürlich dieses Problem des Fachkräftemangels widmen. Aber das ist ja kein Entweder-oder.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Ich wollte auch noch auf Frau Müller-Witt eingehen. Am Ende sind wir uns einig, dass man zu den ausgeschriebenen Stellen Menschen haben muss, keine Frage. Der Wettbewerb ist groß, den haben Sie auch beschrieben. Wenn mich ein junger Jurist oder jemand, der Jura studiert, anspricht, frage ich direkt: Was willst du machen, öffentlicher Dienst, privat? Keine Ahnung, ich kenne so viele, die welche brauchen, das ist nicht die Frage.

Es ist in den letzten Jahren einiges passiert. Mehr Menschen, also nicht nur Stellen, sind in den Justizbereich hineingekommen. Das kann man ja nachlesen. Auch der Amtsvorgänger von Minister Limbach war aktiv. Minister Limbach ist sehr hinterher und aktiv. Wir haben ja auch Ausbildungsoffensiven gehabt, nicht nur bei Juristen, sondern auch in anderen Bereichen, zum Beispiel im Justizvollzug, wo ich mich an eine große Kampagne erinnere, die sehr erfolgreich gelaufen ist. Also, der Wettbewerb ist da, aber es ist doch auch nicht realistisch, irgendwelche Fantaziezahlen einzustellen, die dann aber nicht besetzt werden. Insofern finde ich es wohlthuend, dass man auch in knappen Zeiten sagt, wir geben einen gewissen Rahmen vor und setzen darauf, dass man Kräfte dafür gewinnt, vielleicht auch umschichtet in der Justiz, wo mehr Bedarf ist, wo weniger Bedarf ist, es gibt ja immer Wellen, dass bestimmte Gerichtszweige besonders gefragt sind oder auch anders. Das ist die Diskussion, die wir hier führen werden.

Für den Haushalt finde ich es absolut nachvollziehbar, wie es jetzt gemacht worden ist, ich finde es auch realistisch, dass man auch die Menschen findet, aber wir können sie natürlich nicht so schnell backen, wie sie gebraucht werden, denn nicht nur wir brauchen gute, junge, qualifizierte Kräfte, auch in anderen Bereichen ist das so. Die Anwaltschaften stöhnen auch, dass sie nicht genug kriegen. Da sind wir am Ende in einem Wettbewerb, und das ist ja auch ganz gut so, Wettbewerb ist ja nichts Schädliches an sich. Da müssen wir die Rahmenbedingungen attraktiv halten. Ich glaube nach wie vor, dass der Beruf des Staatsanwalts, des Richters attraktiv ist, auch viele andere Dinge, die da sind. Mit dem Haushalt wird ja auch ein Zeichen gesetzt, auch in schwierigen Zeiten. Das habe ich mit „Kurs halten“ gemeint, nicht, dass wir eine Mangelverwaltung haben, das sehe ich nämlich nicht so. Unsere Justiz hat zu Recht immer noch ein hohes Ansehen.

Dass wir jetzt möglicherweise so viele unerledigte Fälle haben, wie es der Vorsitzende gerade angesprochen hat, da sind wir ja Opfer unserer erfolgreichen Innenpolitik sozusagen. Wir haben eben mehr Kräfte reingesetzt oder gemeinsam. Ich glaube, das ist Konsens auch aller Fraktionen, was Kindesmissbrauch anlangt. Da haben wir mehr Ressourcen reingesetzt, und dann wird natürlich auch mehr entdeckt. Gott sei Dank wird mehr entdeckt. Wir haben sozusagen die verschiedenen Verwertungsketten. Die müssen wir entsprechend besetzen. Da sind wir uns auch einig. Das habe ich mit „Kurs halten“ gemeint. Und da sehe ich auch einen gewissen Konsens.

Dass Sie das aus Sicht der Opposition natürlich ein bisschen anders bewerten, ist Ihr gutes Recht. Wir werden zustimmen und sehen den Haushalt in guten Händen.

Minister Dr. Benjamin Limbach (JM): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es sind verschiedene Punkte aufgeworfen worden, zu denen ich wirklich sehr gerne Stellung nehme.

Erst mal möchte ich mich für die sehr differenzierten Stellungnahmen bedanken. Man könnte ja auch einfach sagen, mein Gott, Bausch und Bogen verbannen. Das hat die Opposition nicht gemacht, sondern sie ist da sehr differenziert vorgegangen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich glaube, am unzufriedensten mit dem Haushalt, wie er jetzt da ist, bin bestimmt ich selber, weil wir natürlich – wir haben ja über den Koalitionsvertrag gesprochen – ganz andere Pläne hatten. Man kann nicht zufrieden sein mit dem gesamten Haushalt, wie wir ihn machen, weil wir als Koalition ganz andere Pläne hatten. Das gilt ja nicht nur für die Justiz, sondern das gilt insgesamt. Nur – darauf hat Herr Geerlings ja hingewiesen –, die Zeiten sind andere geworden. Das Geld ist woanders hingeflossen. Das haben wir auch aufgrund Bundesgesetzgebung für andere Sachen ausgeben müssen, die mit Sicherheit auch alle sinnvoll sind. Deswegen sind wir natürlich in einem Haushalt, der sich den Notwendigkeiten beugen muss.

Deswegen sage ich: Ich hätte auch gerne die Liste der Programme, die ich gerne im Haushalt 2024 hätte. Die ist auch unendlich, also, das ist sie nicht, aber sie ist sehr, sehr lang. Aber man muss sagen – deswegen bin ich zufrieden mit dem Haushalt, wie wir ihn jetzt haben –: In den Rahmenbedingungen, in denen wir leben, ist uns damit einiges gelungen.

Bei der Ausbildungsoffensive haben wir nicht gespart, sondern wir bilden genauso viele Leute mehr aus, wie wir auch errechnet haben, wie wir brauchen. Wir haben dort nicht einsparen müssen, sondern wir haben sagen können: Wir brauchen die 350 Rechtspfleger jedes Jahr, und wir haben sie bekommen, und wir brauchen die zusätzlichen Kräfte im mittleren Dienst, und genau diese Sachen haben wir auch beim Finanzminister verhandeln können, weil sie notwendig sind.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Man könnte natürlich überlegen, ob wir noch mehr ausbilden können, aber wir bilden mit eigenem Personal aus, sowohl an der Fachhochschule wie im Ausbildungszentrum. Und das Personal, mit dem wir ausbilden, fehlt uns bei der Arbeit. Das heißt, wir mussten einen Kompromiss eingehen. Der ist uns hier gelungen. Wir haben das, was wir uns gewünscht haben, komplett beim Finanzminister auch durchbekommen.

Frau Müller-Witt, Sie haben in einem vollkommenen recht: Was bringt es, neue Stellen zu beantragen, wenn man noch so viele unbesetzte Stellen hat? Deswegen sind wir natürlich auch in unseren Stellenanmeldungen zu Recht sehr vorsichtig gewesen. Was hilft es mir, wenn ich 50 Stellen für Psychologen und 50 Stellen für Ärzte anmelde, die ich überhaupt nicht besetzen kann bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage? Aber auch da – da gebe ich Ihnen vollkommen recht – setzen wir an. Zum Beispiel bei der Großzahl der unbesetzten Stellen im staatsanwaltschaftlichen Bereich im Hammer Bezirk – das habe ich im Ausschuss ja auch schon berichten dürfen – ist ja der General mit seinen Leitenden Oberstaatsanwälten wirklich aktiv, diese große Zahl zu verringern,

und ist auch seit Anfang des Jahres da wirklich erfolgreich unterwegs. Aber klar, die haben Vorrang.

Was den Bedarf an mehr Staatsanwälte angeht – auch das habe ich schon im Rechtsausschuss gesagt –, diesen Bedarf erfüllen wir eben nicht nur mit Stellenmehrforderung, sondern auch, indem wir mit den Gerichten Belastungsausgleiche vereinbaren werden, um so intern in der Justiz in einer solidarischen Aktion denen zu helfen, die stark belastet sind, die drohen, überbelastet zu werden. Da habe ich auch eine große Bereitschaft bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei Fachgerichtsbarkeiten, die wir angesprochen haben, gesehen, da die Staatsanwaltschaften zu unterstützen. Das heißt, wir gehen nicht nur mit den 40 neuen Stellen da dran, sondern wir werden gucken, dass wir da auch anderes machen.

Was die Nachwuchskampagne angeht: Ja, 27 Berufe, das ist eine Herausforderung. Wenn ich nur Polizei einstelle, dann brauche ich nur eine Kampagne und nur einen Werbefilm. Wir arbeiten mit sehr viel mehr. Aber auch da gehen wir richtig in die Einzelheiten rein. Wir haben die Vereinbarung mit der Uni Witten-Herdecke abgeschlossen für Medizinstudenten, die bei uns ihre Praktika machen können, damit es hoffentlich einen Klebeeffekt gibt und sich der eine oder andere dafür entscheidet, bei uns im Vollzug zu arbeiten. Ich glaube, mir ist noch kein Jugendlicher entkommen, der mir oder dessen Eltern mir gesagt haben, er würde gerne mal ein Praktikum in der Justiz machen. Ich habe jedem eine Stelle besorgt. Da habe ich überhaupt kein Problem. Es gibt keinen Jurastudenten, der mir erzählt, dass er Jura studiert, der von mir nicht eine klare Ansage bekommt, wo er, wenn er ein entsprechendes Examen macht ...

(Zuruf)

– Und das gilt für die Studentinnen genauso. Alle Studierenden kriegen von mir eine klare Ansage. Ich bin selber auf Werbeveranstaltungen mitgefahren. Ich würde sagen: Am Ende der Legislatur ist mir hoffentlich kein Jurastudent, keine Jurastudentin entkommen. Ich bin aber nicht der Einzige, sondern ich sehe da auch unsere Behörden. Alle arbeiten wirklich mit einer großen Energie daran. Aber Sie haben vollkommen recht: Die Herausforderung ist groß.

An der eigenen Marke arbeiten wir, und wir sind da sehr gut vorangekommen. Das Problem ist häufig, dass mir viele Leute sagen: Das wird mir bei Instagram aber nicht angezeigt. – Mein Bruder hat mir das auch gesagt. Dann habe ich gesagt: Du bist 56. Wenn dir meine Werbekampagne angezeigt wird, haben wir das Geld falsch ausgegeben. Ich musste auch bei Instagram der Seite [justiz-karriere.nrw](https://www.justiz-karriere.nrw) aktiv folgen, damit mir die ganzen Filme und alles angezeigt wird. Und das funktioniert. Wir haben sehr gute Zugriffszahlen, und die Bewerbersituation ist so schlecht nicht. Und sie ist in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, glaube ich, noch schlechter als bei uns.

Das heißt, wir müssen die Kapazitäten bereitstellen. Das machen wir mit der Nachwuchskampagne. Wir müssen die eigene Marke nach vorne stellen. Wir müssen auch das ansprechen, was uns ausmacht. Ich weiß, dass immer die Frage kommt, wie wir bezahlen. Da hängen wir insgesamt alle zusammen, der gesamte öffentliche Dienst. Wir werden uns als Justiz nicht entkoppeln können. Auch da müssen wir mit den Notwendigkeiten leben, die wir haben. Aber wir können herausstellen, was uns ausmacht

außerhalb der Geldfrage. In der freien Wirtschaft heißt das: Im Moment haben die Firmen den Vorrang, die sogenannte Purpose-Driven Companies sind, das heißt, die, die ein inneres Ziel, einen inneren Zweck haben, der bei der jungen Generation Y und Z als positiv gewertet wird. Genau darauf zielt unsere Nachwuchskampagne. Gerechtigkeit ist ein hohes Gut, die Fairness im Umgang miteinander, der Gerechtigkeit dienen, den Rechtsstaat voranbringen, etwas wirklich bewirken, nicht der 37. Anwalt hinten im 50. Büro sein, der einem Partner zuarbeitet, sondern vom ersten Tag an ...

(Zuruf)

– Nichts gegen Anwältinnen und Anwälte. Ich bin ja mit mehreren verwandt, verschwägert und sogar verheiratet.

Da machen wir deutlich: Bei uns kann die Volljuristin, der Volljurist mit 26 Jahren im Amtsgericht eigenständig Urteile fällen. Wo kann man das noch? Genau damit gehen wir raus. Das gilt auch für die jungen Rechtspflegerinnen, die schon mit 21, 22 weitreichende Entscheidungen treffen können.

Das ist unsere Stärke, und mit der gehen wir in der Nachwuchswerbung raus. Gerade haben wir wieder Seiten freigeschaltet, Spots freigeschaltet, alles mit eigenen Bediensteten, auf Instagram, YouTube, wo immer man sich tummeln möchte. Dazu kann ich nur auffordern.

Ein Letztes noch. Herr Vorsitzender, Sie haben gesagt, NRW ist zu wenig eingebunden in die Entwicklung von Legal Tech und KI. Ich habe immer den Eindruck, das Gegenteil ist der Fall. Wir werden immer wieder angesprochen. Ich erinnere an Digitalgipfel, wo der Bundesjustizminister gerade NRW gedankt hat, NRW als einer der Spitzenreiter in der Digitalisierung der Justiz, in der Entwicklung neuer Sachen. Wir haben über das Projekt, das wir mit Bayern vorantreiben, im KI-Bereich hier schon berichtet. Wir haben ein Think Tank KI beim ITD in Köln eingerichtet. Natürlich sind das kleine Gruppen. Da sitzen aber zwei hervorragend motivierte Richterinnen – die Staatssekretärin hat sich das persönlich angeguckt –, die da wirklich was vorantreiben.

Ja, mit mehr Geld könnte man vielleicht mehr machen, keine Frage. Ich war jetzt zum Beispiel beim Kompetenzzentrum Barrierefreie IT. Das ist ein Dezernat beim ITD. Da sitzen ein Sozialrichter, der das leitet, und viele andere, die wir zum Teil sogar vom zweiten Arbeitsmarkt reingeholt haben, und beschäftigen sich damit, wie man IT barrierefrei bekommt. Kein anderes Bundesland hat etwas in dieser Größenordnung, in dieser Stärke, was dazu führt, dass die anderen Bundesländer uns anfragen, ob wir ihre Software testen können. Also, was Digitalisierung angeht, gerade auch bei der Frage, wie wir nicht nur eine Digitalisierung für 90 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch für diejenigen mit Handicaps an, ist NRW das führende Land. Ich sage das so gerne, weil das nicht mein Verdienst ist, sondern weil das in der letzten Legislatur schon angefangen worden ist. Da ist wirklich NRW führend. Es gibt viele Bereiche, wo wir auf die Leute in der Justiz, vor allem auf die, die beim ITD arbeiten, wirklich stolz sein können. Wenn ich mir die Zahlen aus den anderen Ländern angucke, wie weit die mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, der elektronischen Aktenbearbeitung sind, dann stelle ich fest: NRW muss sich da überhaupt nicht verstecken. Wir stehen ganz vorne.

Ich glaube, jetzt habe ich alle Punkte angesprochen. Ermahnen Sie mich, wenn ich einen Punkt vergessen habe, der angesprochen worden ist.

Zu den Schwerpunkten des Haushaltes ist schon von den Koalitionsfraktionen alles gesagt worden. Wir stellen immer als erstes nach vorne, weil mir das das Wichtigste ist, die Nachwuchsgewinnung, sprich die Ausbildungsoffensive. Und da nur noch mal: Da haben wir so viel bekommen, wie wir auch gefordert haben. Das passt zu der Linie dieser Landesregierung, dass wir in Kinder und Jugendliche und Schule und Bildung investieren, und das tun wir eben auch mit jungen Erwachsenen in der Justiz.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Herr Justizminister, vielen Dank für Ihre Einlassung und das Statement zum Haushalt. Wer in das Protokoll der Haushaltsberatung 2022 schaut, der wird sehen, dass ich damals auch einen Werbeblock für die Anwaltschaft gemacht habe, nachdem der Justizminister eben sehr stark für die Justiz Werbung gemacht hat. Das möchte ich nur noch mal wiederholen.

Sven Wolf (SPD): Die Anwaltschaft ist auch Organ der Rechtspflege. Darauf sind, glaube ich, alle Anwälte im Raum sehr stolz, dass wir ein wichtiger Baustein sind.

Das Besondere ist – das sage ich immer jungen Leuten, wenn ich sage, warum es so toll ist, Anwalt oder Volljuristin, Volljurist zu sein –: Wir haben alle die gleiche Ausbildung. Damit gibt es Waffengleichheit vor Gericht. Wir könnten alle die Positionen tauschen, Richterin, Staatsanwältin, Anwältin, und könnten alle die andere Funktion übernehmen.

(Dr. Jörg Geerlings [CDU]: Theoretisch!)

– Ja, in der Praxis auch. – Wir müssten nur die Roben tauschen, weil die ja etwas unterschiedlich aussehen. Aber diese Waffengleichheit, das ist die unglaubliche Stärkung unseres Rechtsstaats, unseres Rechtssystems.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Herr Wolf, vielen Dank. Der Minister darf jetzt antworten, wobei ich dazu sagen muss, ich möchte nicht das eine oder andere Urteil dann lesen bei vertauschter Robe. – Herr Minister, bitte schön.

Minister Dr. Benjamin Limbach (JM): Vielleicht würden Sie auch nicht meine Schriftsätze als Anwalt lesen wollen, wenn ich auf einmal wechsle.

Herr Wolf, ich bitte da um Entschuldigung. Ich habe ja in meinem Leben schon viele Berufe ausgeübt, Soldat, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Richter, Beamter, jetzt Minister, aber leider nie als Anwalt. Deswegen geht mir das dann manchmal unter, aber Sie können sich sicher sein, dass ich zu Hause dann ermahnt werde. Ich war gerade bei der Rechtsanwaltskammer Köln und den Anwaltsvereinen, Ortsgruppen Aachen, Bonn und Köln waren auch dabei. Die werden Ihnen bestätigen, dass ich in meinem Statement die Bedeutung der Anwaltschaft für eine funktionierende Justiz hervorgehoben habe. Was wären wir in der Justiz ohne Anwälte? Das möchten wir auch nicht erleben. Deswegen: Es ist eine sehr ehrenvolle Aufgabe und mit Sicherheit auch eine sehr lohnende und lebenswerte Berufstätigkeit als Anwältin oder Anwalt. Das möchte ich in

keiner Weise schmälern. Aber ich bin der Dienstherr von 43.000, die nicht Anwältinnen und Anwälte sind, und für die muss ich vor allen Dingen Werbung machen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 1 der SPD-Fraktion (s. *Anlage 1*) ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 2 der SPD-Fraktion (s. *Anlage 1*) ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 04 zu.

**Rechtsausschuss
am 8. November 2023**

**Haushalt 2024
Einzelplan 04**

- Tischvorlage -

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 547 53 Übergangsmanagement für (ehemalige) Strafgefangene zur beruflichen Reintegration</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 1.235.500 Euro um 247.100 Euro auf 1.482.600 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In Anlehnung an die jüngst durchgeführte Anhörung zur Einführung eines Resozialisierungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen im Rechtsausschuss vom 27.09.2023, wurde unabhängig von der eigenetlichen Thematik deutlich, dass das aktuell bestehende Übergangsmanagement für rund 30 % aller Inhaftierte mehr Mittel braucht, um einen erfolgreichen Übergang zu organisieren. Diese Mittel werden vor allem für weiteres Personal gebraucht.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	SPD	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 547 54 Übergangsmanagement für die Sicherungsverwahrung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 100.000 Euro um 20.000 Euro auf 120.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In Anlehnung an die jüngst durchgeführte Anhörung zur Einführung eines Resozialisierungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen im Rechtsausschuss vom 27.09.2023, wurde unabhängig von der eigenetlichen Thematik deutlich, dass das aktuell bestehende Übergangsmanagement mehr Mittel braucht, um einen erfolgreichen Übergang zu organisieren. Diese Mittel werden vor allem für weiteres Personal gebraucht.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

